



NIEBEL-Interview für "dapd"

NIEBEL-Interview für "dapd"

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesentwicklungsminister DIRK NIEBEL gab der Nachrichtenagentur "dapd" heute das folgende Interview. Die Fragen stellte NICOLE SCHARFSCHWERT:
Frage: War es die richtige Entscheidung, die deutsch-chinesische Entwicklungskooperation schrittweise zu beenden?
NIEBEL: China ist mittlerweile kein Entwicklungsland mehr, obwohl es dort immer noch viele Arme gibt. China ist Exportweltmeister und hat Deutschland in manchen Bereichen mehrfach überundet. Es ist keinem deutschen Bürger verständlich zu machen, dass so etwas von uns noch finanziert wird. Beendigung der Entwicklungskooperation bedeutet aber übrigens nicht Beendigung aller Kooperation. Denn China als Partner in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist immer noch spannend für große Bereiche der deutschen Wirtschaft, aber auch der Wissenschaft.
Frage: Viele Entwicklungsprojekte sind an konkrete Zusagen zur Verbesserung von Demokratie und Menschenrechten geknüpft - welche Möglichkeiten der Einflussnahme ergeben sich nach Wegfall der Entwicklungskooperation?
NIEBEL: Beendet bedeutet, dass es keine neuen Maßnahmen gibt, die laufenden Maßnahmen aber natürlich ordnungsgemäß zu Ende geführt werden. Wir haben daher noch laufende Projekte, die bis 2017 gehen. Darüber hinaus sind Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Außenminister Guido Westerwelle und ich in einem regelmäßigen Dialog, wie wir die auch von uns gewollten Rechtsstaatsdialoge weiter betreiben können, ohne sie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren.
Frage: Müssten aus Ihrer Sicht Europäische Union und Vereinte Nationen die
Entwicklungskooperation ebenfalls einstellen?
NIEBEL: Jeder Geber ist frei, diese Entscheidung selbst zu treffen. Nicht jedes Land muss in jedem Land tätig sein.
Frage: Ist China für Sie eher Partner oder eher Konkurrent?
NIEBEL: Selbstverständlich gibt es mittlerweile in vielen Branchen eine Konkurrenzsituation. Zum Beispiel bei der Produktion von Solarpanelen, wo chinesische Produkte besser geworden sind, zugleich aber immer noch deutlich günstiger sind als die hervorragenden deutschen. Man merkt bei Ausschreibungen von Energieprojekten, dass hier eine Konkurrenzsituation besteht. Und das ist auch einer der Gründe, warum die Bürger in Deutschland nur ein geringes Maß an Verständnis dafür hätten, wenn wir in der Entwicklungszusammenarbeit noch Geld des Steuerzahlers investieren würden.
Frage: Wie wollen Sie die entsprechenden Länder davon überzeugen, eher mit Deutschland zu kooperieren als mit China?
NIEBEL: Ich habe überhaupt nicht vor, China als Entwicklungsgeber auszustechen. Die Infrastrukturprojekte, die China etwa in Afrika finanziert, nutzen den Ländern. Und wir sind in vielen Bereichen gar nicht in der Lage, Vergleichbares zu finanzieren. Ein Beispiel: China wird in Ghana im Norden des Landes für ungefähr sechs Milliarden Euro eine Eisenbahnlinie bauen. Das ist der gesamte Jahresetat meines Ministeriums für die gesamte Welt. Also begeben wir uns in so einen Wettbewerb gar nicht erst. Aber: Als die kommerzielle Förderung von Gas und Öl vor der ghanaischen Küste startete, bat uns die ghanaische Regierung, sie zu beraten, die Geldflüsse transparent zu gestalten. China fragt man nach der Eisenbahn, uns fragt man nach der guten Regierungsführung.

FDP Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T. 030 - 28 49 58 43
F. 030 - 28 49 58 42

Pressekontakt

FDP Bundesgeschäftsstelle

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP Bundesgeschäftsstelle

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.